

## **2. Tagung 2. Landesparteitag 13.11.2010 Steinhaleben**

### Beschluss (bei einer Stimmenthaltung angenommen)

DIE LINKE in Thüringen erklärt:

### **Atomkraft: Schluss jetzt!**

Die Bundesregierung hat den Kniefall vor der Atomindustrie vollzogen. Mit dem Beschluss, die Laufzeiten für Atomkraftwerke bis zu 14 Jahre zu verlängern, macht sie sich zum Handlanger des atomaren Großkapitals und zum Gegner der Erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung unterwirft sich dem Diktat der Atomwirtschaft und pfeift auf demokratische Prinzipien und auf das Leben und die Sicherheit von Millionen Menschen. Das Festhalten an der Atomkraft bedeutet auch das Festhalten an der Möglichkeit, Atomwaffen zu produzieren.

### **Energiewende sichern – AKWs zwangsabschalten!**

Atomarer Strom verstopft bereits heute die Netze. Windkraftanlagen werden immer wieder zwangstillgelegt, weil die sogenannte Grundlast durch Kohle- und Atomstrom nicht schnell genug herunter geregelt werden kann. Damit wird das Prinzip des Vorrangs für Erneuerbare Energien ausgehöhlt. Auch für das Erreichen der Klimaschutzziele ist dieses Verfahren kontraproduktiv. Die Laufzeitverlängerung wird den Systemkonflikt noch mehr verschärfen und den Vorrang Erneuerbarer Energien zunehmend in Frage stellen.

*DIE LINKE. Thüringen fordert den unbedingten Vorrang erneuerbarer Energien. Um die Energiewende zu sichern, müssen atomare und fossile Überkapazitäten vom Netz genommen und AKWs im Rahmen eines unverzüglichen, unumkehrbaren Atomausstiegs zwangsabgeschaltet werden.*

### **Schadensbegrenzung! Verbrechen an künftigen Generationen eindämmen!**

Die Nutzung von Atomkraft beginnt mit Uranbergbau. Das bedeutet eine dauerhafte Zerstörung von Natur und Kulturlandschaften und Lebensräumen, hauptsächlich in Regionen indigener Völker. Uranbergbau bedeutet auch die direkte Strahlenbelastung von Minenarbeitern, die unter katastrophalen Bedingungen und unter erheblichen Gesundheitsrisiken leben und arbeiten müssen. Durchschnittlich 14 Jahre längere Laufzeit für Atomkraftwerke verursachen 5.000 Tonnen zusätzlichen Atommüll. Die Nutzung der Atomenergie kommt einem Blindflug gleich. Ohne zu wissen wohin damit, noch mehr Jahrtausende strahlenden Müll zu produzieren, ist ein Verbrechen an kommenden Generationen. Das bornierte Profitinteresse der Atomkraftbefürworter steht in krassem Gegensatz zu den Interessen der gesamten Gesellschaft. Das Desaster in der Asse zeigt, dass eine sichere Lagerung von Atommüll zurzeit nicht möglich ist. Deshalb darf die Suche nach Atommülllagern nicht in der Hand von Handlangern der Atomindustrie bleiben. Diese beharren aus rein ökonomischem Interesse auf dem ungeeigneten Salzstock in Gorleben.

*DIE LINKE. Thüringen fordert den sofortigen Stopp der Erkundung des Salzstocks Gorleben. Stattdessen muss umgehend ein neues Auswahlverfahren für ein Atommülllager gestartet werden, das sich ausschließlich am Stand von Wissenschaft und Technik, nicht aber an politischen Kriterien orientiert. Die Kosten für die Lagersuche, die Räumung der Asse und des Schachts Morsleben müssen nach Verursacherprinzip komplett von den Erzeugern des Mülls – von den Atomkonzernen – getragen werden.*

## Milliardenprofite vollständig abschöpfen!

Abgeschriebene Atomkraftwerke erbringen den Energiekonzernen jährlich zweistellige Milliardenprofite. Das Geld stammt aus dem Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger, die es über den Strompreis bezahlen. Besonders betroffen sind dadurch die ohnehin schon Benachteiligten, z.B. Hartz-IV-Bezieher, die durch das Sparpaket der Bundesregierung schon genug finanzielle Kürzungen ertragen müssen. Darüber hinaus wird die Atomkraft seit Jahrzehnten hoch subventioniert. Wenigstens 200 Milliarden Euro an Steuergeldern wurden bis heute in Forschung, Entwicklung und Endlagersuche gesteckt. Dass eine so übersubventionierte Branche jetzt ihre eigenen Steuergesetze in einem „Geheimvertrag“ diktiert, ist ein unerträglicher Affront gegen die Menschen im Land und ein Hohn auf die Grundprinzipien der Demokratie.

*DIE LINKE. Thüringen fordert die Überführung der Entsorgungsrücklagen der Atomkonzerne in öffentliche Hand, die vollständige Abschöpfung der Profite, die aus der Atomenergie stammen und die Streichung sämtlicher staatlicher Subventionen. Aus den so frei werdenden Mitteln soll künftig auch und der Umbau zu regenerativen Energien finanziert werden.*